

Europäischer Tarifbericht des WSI – 2016/2017

Trotz der anhaltenden Belebung des Arbeitsmarktes wachsen die Löhne in Europa auch in den Jahren 2016 und 2017 nur sehr moderat. Die verhaltene Lohnentwicklung wird zunehmend als eine Ursache für das Unterschreiten der Zielinflation und als Belastungsfaktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Europas gesehen. Selbst in Deutschland, wo die Reallöhne in den vergangenen Jahren vergleichsweise stark gestiegen sind, ist die Lohnpolitik weit von einem expansiven Kurs entfernt. Deshalb befürworten neben den Europäischen Gewerkschaften inzwischen auch Institutionen wie der IMF, die EZB und die Europäische Kommission ein stärkeres Wachstum der Löhne, um so die Binnen- nachfrage zu stärken und ökonomische Ungleichgewichte abzubauen. Eine stärkere Lohndynamik insbesondere in Deutschland würde die wirtschaftliche Erholung der Euro-Zone auf eine nachhaltige Basis stellen.

MALTE LÜBKER, THORSTEN SCHULTEN

1. Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

1.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Für die Tarifpolitik bietet die wirtschaftliche Entwicklung in Europa weiterhin ein relativ günstiges Umfeld. Wie schon im Vorjahr rechnet die Europäische Kommission im EU-Durchschnitt für 2017 mit einer Zunahme des *Bruttoinlandsproduktes* (BIP) von 1,9 %.¹ Damit setzt sich die wirtschaftliche Erholung in der Europäischen Union (EU) weiter fort. Erstmals seit dem Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise erreicht das Wachstum im laufenden Jahr zudem alle 28 Mitgliedstaaten (*Tabelle 1*). Haupttriebkraft für die positive Wirtschaftsentwicklung bleibt dabei die Binnen- nachfrage, wobei insbesondere der private Konsum einen bedeutenden Beitrag leistet (Europäische Kommission 2017a, S. 23; Herzog-Stein et al. 2017, S. 6). Die Investitionstätigkeit trug hingegen ungeachtet des historisch niedrigen Zinsniveaus nur marginal zum Aufschwung bei, und auch die Konsumausgaben der öffentlichen Hand spielen nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle (ebd.).

Trotz der allgemein positiven Entwicklung und einer allmählichen Angleichung der Wachstumsgeschwindigkeiten innerhalb der EU bestehen deutliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Dynamik zwischen den Mitgliedsländern fort. So reicht die Spannweite des BIP-Wachstums im Jahr 2016 von 0,0 % (Griechenland) bis 5,2 % (Irland). Insbeson-

dere die osteuropäischen EU-Länder erreichten – mit Ausnahme von Estland – Wachstumsraten oberhalb des EU-Durchschnitts, während die beiden großen westeuropäischen Volkswirtschaften Frankreich (1,2 %) und Italien (0,9 %) auch 2016 weiterhin relativ langsam wuchsen. Deutschland rangiert mit einem BIP-Wachstum von 1,9 % (2016) bzw. 1,6 % (Prognose für 2017) im Mittelfeld. Aufgrund des nunmehr seit 2010 anhaltenden Aufschwungs übertrifft im Jahr 2017 die Wirtschaftsleistung Deutschlands aber das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2007 deutlich (+11,2 %). Hingegen wird das BIP Spaniens nach Berechnungen der Europäischen Kommission erstmals im laufenden Jahr wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Portugal (97,7 % der Wirtschaftsleistung von 2007), Finnland (ebenfalls 97,7 %) sowie insbesondere Italien (93,8 %) und Griechenland (75,1 %) sind noch weit von einer vollständigen wirtschaftlichen Erholung entfernt.²

1 Dieser Europäische Tarifbericht schreibt die regelmäßige Berichterstattung des WSI aus den Vorjahren fort. Im Folgenden wird, falls nicht anders ausgewiesen, auf die Daten der Annual Macro-Economic Database (AMECO) zurückgegriffen, die von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) der Europäischen Kommission bereitgestellt wird (http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm). Bei den Angaben für 2017 handelt es sich um Prognosedaten der Europäischen Kommission, die am 11. Mai 2017 veröffentlicht wurden (vgl. Europäische Kommission 2017a).

2 Bezieht sich auf das BIP in Preisen von 2010; Berechnungen des WSI auf Grundlage der AMECO-Datenbank (Version: 11. Mai 2017).

TABELLE 1

Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2014–2017

	Bruttoinlandsprodukt ¹				Arbeitslosenquote ²			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Nordeuropa								
Dänemark	1,7	1,6	1,3	1,7	6,6	6,2	6,2	5,8
Finnland	-0,6	0,3	1,4	1,3	8,7	9,4	8,8	8,6
Schweden	2,6	4,1	3,3	2,6	7,9	7,4	6,9	6,6
Westeuropa								
Belgien	1,7	1,5	1,2	1,5	8,5	8,5	7,8	7,6
Deutschland	1,6	1,7	1,9	1,6	5,0	4,6	4,1	4,0
Frankreich	0,6	1,3	1,2	1,4	10,3	10,4	10,1	9,9
Großbritannien	3,1	2,2	1,8	1,8	6,1	5,3	4,8	5,0
Irland	8,5	26,3	5,2	4,0	11,3	9,4	7,9	6,4
Luxemburg	5,6	4,0	4,2	4,3	6,0	6,5	6,3	6,1
Niederlande	1,4	2,0	2,2	2,1	7,4	6,9	6,0	4,9
Österreich	0,6	1,0	1,5	1,7	5,6	5,7	6,0	5,9
Südeuropa								
Griechenland	0,4	-0,2	0,0	2,1	26,5	24,9	23,6	22,8
Italien	0,1	0,8	0,9	0,9	12,7	11,9	11,7	11,5
Malta	8,3	7,4	5,0	4,6	5,8	5,4	4,7	4,9
Portugal	0,9	1,6	1,4	1,8	14,1	12,6	11,2	9,9
Spanien	1,4	3,2	3,2	2,8	24,5	22,1	19,6	17,6
Zypern	-1,5	1,7	2,8	2,5	16,1	15,0	13,1	11,7
Osteuropa								
Bulgarien	1,3	3,6	3,4	2,9	11,4	9,2	7,6	7,0
Estland	2,8	1,4	1,6	2,3	7,4	6,2	6,8	7,7
Kroatien	-0,5	1,6	2,9	2,9	17,2	16,1	13,3	11,6
Lettland	2,1	2,7	2,0	3,2	10,8	9,9	9,6	9,2
Litauen	3,5	1,8	2,3	2,9	10,7	9,1	7,9	7,6
Polen	3,3	3,8	2,7	3,5	9,0	7,5	6,2	5,2
Rumänien	3,1	3,9	4,8	4,3	6,8	6,8	5,9	5,4
Slowakei	2,6	3,8	3,3	3,0	13,2	11,5	9,7	8,6
Slowenien	3,1	2,3	2,5	3,3	9,7	9,0	8,0	7,2
Tschechien	2,7	4,5	2,4	2,6	6,1	5,1	4,0	3,5
Ungarn	4,0	3,1	2,0	3,6	7,7	6,8	5,1	4,1
EU 28	1,6	2,2	1,9	1,9	10,2	9,4	8,5	8,0

1 Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr.

2 Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).

Angaben für 2017: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 11. Mai 2017).

WSI Mitteilungen

1.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Die positive wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt nieder, was tendenziell die Verhandlungsposition der Gewerkschaften stärkt. So fiel die *Arbeitslosenquote* im Jahr 2016 in der EU auf 8,5 %, was einem Rückgang um 0,9 Prozentpunkte entspricht (*Tabelle 1*). Trotzdem waren im Jahresdurchschnitt noch immer 20,9 Mio. Menschen ohne Beschäftigung, und damit 3,9 Mio. mehr als im Jahr 2007 vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Für 2017 prognostiziert die Europäische Kommission einen weiteren, moderaten Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 3,1 Mio. und damit verbunden ein Absinken der Arbeitslosenquote auf 8,0 %.

Innerhalb der EU zeigen sich deutliche Unterschiede bezüglich der Beschäftigungsdynamik. So bewegte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 insbesondere in südeuropäischen Ländern wie Griechenland (23,6 %), Spanien (19,6 %) und Italien (11,7 %) noch weit oberhalb des Vorkrisenniveaus, mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften. In einigen osteuropäischen Ländern wie Polen (6,2 %), Tschechien (4,0 %) und Ungarn (5,1 %) ist die Arbeitslosigkeit inzwischen unter das Vorkrisenniveau gefallen. Insbesondere gilt dies jedoch für Deutschland (4,1 %), wo sich die Arbeitslosenquote gegenüber dem Jahr 2007 mehr als halbiert hat und sich derzeit auf dem niedrigsten Stand seit den frühen 1980er Jahren befindet.

1.3 Preis- und Produktivitätsentwicklung

Während die Konjunktorentwicklung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt den allgemeinen Kontext für Tarifverhandlungen vorgeben, orientieren sich die Verhandlungspartner bei ihren Forderungen häufig an zwei konkreten Indikatoren: der *Preisentwicklung* und dem *Produktivitätswachstum* (*Tabelle 2*). Zusammen bilden diese den *lohnpolitischen Verteilungsspielraum*. Wenn die Tarifparteien ihn voll ausschöpfen, bedeutet dies aus Sicht der Beschäftigten eine gleichberechtigte Teilhabe an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung; aus Sicht der Arbeitgeber führt eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik zu konstanten realen Lohnstückkosten und einem stetigen Wachstum der Bruttobetriebsüberschüsse. Der lohnpolitische Verteilungsspielraum kann also auch als Richtwert für verteilungspolitisch neutrale Lohnerhöhungen gesehen werden, bei dessen Befolgung sowohl die Lohn- als auch die Kapitalquote konstant bleibt.

Während dieses Argument im Grundsatz allgemein anerkannt ist, sind wichtige Details seiner Anwendung strittig. So werden zur Messung der allgemeinen Preisentwicklung traditionell die Verbraucherpreise angesetzt, da deren Veränderungen die für Arbeitnehmer entscheidenden Lebenshaltungskosten widerspiegeln. Entsprechend stellt eine Anpassung der nominalen Löhne an die Inflation zunächst nur sicher, dass Kaufkraftverluste ausgeglichen werden.³ Aus diesem Grund betrachtet auch der Europäische Tarifbericht des WSI traditionell die Preisentwicklung, den Verteilungsspielraum und den Anstieg der Reallöhne aus Sicht der Arbeitnehmer, und zwar unter Verwendung des für alle

3 Dies gilt mit der wichtigen Einschränkung, dass sich die tatsächliche Preisentwicklung für arme und reiche Haushalte aufgrund ihres unterschiedlichen Konsumverhaltens unterscheidet. So betrug die durchschnittliche Inflationsrate für den Zeitraum Januar 2005 bis Juli 2014 für Haushalte im unteren Zehntel 1,71 %, für Haushalte im oberen Zehntel hingegen nur 1,57 % (siehe Held 2014, S. 687).

TABELLE 2

Preise, Arbeitsproduktivität und Verteilungsspielraum in der Europäischen Union, 2014–2017

	Verbraucherpreise ¹				Arbeitsproduktivität ²				Verteilungsspielraum ³			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Nordeuropa												
Dänemark	0,4	0,2	0,0	1,4	0,7	0,3	-0,4	0,6	1,0	0,6	-0,4	2,0
Finnland	1,2	-0,2	0,4	1,0	-0,2	0,6	0,8	0,8	1,1	0,5	1,2	1,7
Schweden	0,2	0,7	1,1	1,4	1,2	2,5	1,6	1,1	1,4	3,2	2,7	2,5
Westeuropa												
Belgien	0,5	0,6	1,8	2,3	1,2	0,6	-0,1	0,6	1,7	1,2	1,7	2,9
Deutschland	0,8	0,1	0,4	1,7	0,8	0,8	0,6	0,6	1,6	0,9	1,0	2,3
Frankreich	0,6	0,1	0,3	1,4	0,4	0,9	0,7	0,6	1,0	1,0	1,0	2,0
Großbritannien	1,5	0,0	0,7	2,6	0,7	0,4	0,4	1,2	2,2	0,5	1,0	3,8
Irland	0,3	0,0	-0,2	0,6	6,7	23,2	2,4	1,3	7,0	23,1	2,2	2,0
Luxemburg	0,7	0,1	0,0	2,4	3,0	1,4	1,1	1,2	3,7	1,4	1,2	3,5
Niederlande	0,3	0,2	0,1	1,6	1,7	1,0	0,5	0,4	2,0	1,2	0,6	2,0
Österreich	1,5	0,8	1,0	1,8	-0,3	0,3	0,1	0,7	1,2	1,1	1,1	2,5
Südeuropa												
Griechenland	-1,4	-1,1	0,0	1,2	0,3	-0,7	-1,3	0,7	-1,1	-1,8	-1,2	1,9
Italien	0,2	0,1	-0,1	1,5	-0,1	-0,2	-0,5	0,2	0,1	-0,1	-0,5	1,8
Malta	0,8	1,2	0,9	1,6	3,0	3,5	1,3	1,6	3,8	4,7	2,2	3,1
Portugal	-0,2	0,5	0,6	1,4	-0,5	0,2	-0,2	0,4	-0,7	0,7	0,4	1,9
Spanien	-0,2	-0,6	-0,3	2,0	0,3	0,2	0,4	0,5	0,1	-0,4	0,0	2,5
Zypern	-0,3	-1,5	-1,2	1,2	0,2	-0,2	0,1	0,1	0,0	-1,7	-1,1	1,3
Osteuropa												
Bulgarien	-1,6	-1,1	-1,3	1,3	1,0	3,3	2,9	2,3	-0,6	2,2	1,6	3,6
Estland	0,5	0,1	0,8	3,3	2,0	-1,4	1,3	2,0	2,5	-1,3	2,1	5,4
Kroatien	0,2	-0,3	-0,6	1,6	-3,1	0,1	2,2	0,9	-2,9	-0,1	1,6	2,5
Lettland	0,7	0,2	0,1	2,2	3,5	1,4	2,0	2,8	4,2	1,6	2,1	5,1
Litauen	0,2	-0,7	0,7	2,8	1,5	0,5	0,3	2,2	1,7	-0,2	1,0	5,1
Polen	0,1	-0,7	-0,2	1,8	1,5	2,3	2,1	3,1	1,6	1,6	1,9	4,9
Rumänien	1,4	-0,4	-1,1	1,1	2,3	4,9	5,8	4,2	3,7	4,5	4,7	5,3
Slowakei	-0,1	-0,3	-0,5	1,4	1,1	1,8	0,9	1,6	1,0	1,5	0,4	3,0
Slowenien	0,4	-0,8	-0,2	1,5	2,7	1,2	0,5	1,4	3,0	0,4	0,3	2,9
Tschechien	0,4	0,3	0,6	2,5	2,2	3,1	0,6	2,4	2,6	3,4	1,3	4,8
Ungarn	0,0	0,1	0,4	2,9	-0,7	0,9	-0,2	3,0	-0,7	0,9	0,2	5,9
EU 28	0,5	0,0	0,3	1,8	0,6	1,0	0,6	0,9	1,2	1,0	0,9	2,7

1 Preise = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

2 Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Erwerbstätiger, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

3 Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung.

Angaben für 2017: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 11. Mai 2017), Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

EU-Länder verfügbaren Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Gegen diese arbeitnehmerorientierte Sichtweise lassen sich jedoch zwei Einwände erheben. So lässt sich erstens argumentieren, dass die Lohnpolitik deflationäre Tendenzen verstärkt, wenn sie sich an extrem niedrigen Inflationsraten orientiert. Wird statt der tatsächlichen Inflationsrate die Zielinflation der EZB von „unter, aber nahe 2 %“ angesetzt, weitet sich der lohnpolitische Verteilungsspielraum entsprechend aus (Horn/Watt 2017, S. 10). Zweitens wird bei der

Berechnung der realen Produktivitätsentwicklung ein anderes Verfahren angewendet, aus dem sich der sogenannte BIP-Deflator ergibt.⁴ Dies ist solange unproblematisch, ►

4 Es handelt sich hierbei um die doppelte Deflationierung, bei der Vorleistungen und Produktionswert getrennt preisbereinigt werden, um so die Entwicklung der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen zu berechnen (Eurostat 2005).

wie sich der HVPI und der BIP-Deflator parallel entwickeln. Wenn sich die beiden Preisindizes jedoch über längere Zeit auseinanderentwickeln, kann dies zu einer Fehleinschätzung der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit der Unternehmen führen.

Bei den *Verbraucherpreisen* zeigten sich auch im Jahr 2016 wieder deutliche deflationäre Tendenzen: In den 28 EU-Mitgliedsländern stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahr nur um 0,3 % (Tabelle 2), und auch innerhalb der Euro-Zone blieb die Preissteigerung mit 0,2 % deutlich unterhalb der Zielvorgabe der EZB (nicht tabellarisch ausgewiesen). Kein einziges EU-Land erreichte die Marke von 2,0 % jährlicher Inflation; in zehn Ländern fielen die Verbraucherpreise sogar. Für das Jahr 2017 rechnet die Europäische Kommission mit einem Anziehen der Inflation auf 1,8 %. Dies ist jedoch vor allem den wieder steigenden Preisen für Energie und Nahrungsmittel geschuldet. Wie auch in den Vorjahren verharrt die um diese beiden Komponenten bereinigte Kerninflationsrate nahe 1,0 % (EZB 2017b, S. 95). Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds ergibt sich aus dem Zusammenspiel von niedriger Kerninflation und verhaltenem Lohnwachstum, dass ein nachhaltiges Erreichen der Zielinflation noch in weiter Ferne liegt (IMF 2017a).

Die *Arbeitsproduktivität* wuchs im Jahr 2016 in der Europäischen Union mit nur 0,6 % sehr moderat, wobei die Europäische Kommission für das laufende Jahr mit einer leichten Zunahme auf 0,9 % rechnet (Tabelle 2). Die EZB beobachtet dabei eine generelle Verlangsamung des Produktivitätswachstums innerhalb aller Wirtschaftszweige und führt dies insbesondere auf eine verhaltene Investitionstätigkeit der Unternehmen bei gleichzeitig anziehender Beschäftigung zurück. Dies hat seit dem Jahr 2013 eine nachlassende Kapitalintensivierung zur Folge, die sich bremsend auf den Produktivitätsfortschritt auswirkt (EZB 2017a, S. 62f.). Eine plausible Erklärung für die Investitionsschwäche ist, dass Unternehmen sich angesichts der weiterhin verhaltenen Nachfrage und fehlenden Lohndrucks mit produktivitätsfördernden Investitionen zurückhalten (Mason 2017, S. 45ff.). Anders als im neo-klassischen Erklärungsansatz ist die Produktivität nach dieser Sichtweise also nicht exogen gegeben, sondern wird ihrerseits langfristig von der Tarifpolitik beeinflusst.

Im innereuropäischen Vergleich liegen die zwei großen westeuropäischen Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich in den Jahren 2016 und 2017 mit Produktivitätsgewinnen von 0,6 % bis 0,7 % pro Jahr in etwa gleichauf; in Südeuropa wächst die Produktivität in Spanien wieder moderat (0,4 % bis 0,5 %), während sie in Italien stagniert (-0,5 % und 0,2 %). Deutlich dynamischer ist hingegen der Produktivitätsfortschritt in Osteuropa und in einigen kleineren westeuropäischen Volkswirtschaften (wobei hier, wie im Falle Irlands, teilweise Sondereffekte zum Tragen kommen).⁵

Aus der moderaten Preisentwicklung und dem langsamen Produktivitätswachstum ergibt sich für 2016 europä-

weit rein rechnerisch nur ein *lohnpolitischer Verteilungsspielraum* von 0,9 % (Tabelle 2). Dieser weitet sich für das Jahr 2017 durch anziehende Verbraucherpreise und bessere Performanz der Produktivität voraussichtlich auf 2,7 % aus. Nach diesem Maßstab besteht insbesondere in Osteuropa im laufenden Jahr beträchtlicher Spielraum für Lohn erhöhungen zwischen 2,5 % (Kroatien) und 5,9 % (Ungarn). In allen westeuropäischen Ländern sind derzeit Lohnsteigerungen von – teilweise deutlich – über 2,0 % verteilungsneutral, darunter in Deutschland von 2,3 %. In Nordeuropa gibt es wie schon in den Vorjahren insbesondere in Schweden einen relativ hohen Verteilungsspielraum von 2,5 %. Erstmals seit 2013 besteht nach diesem Maßstab im laufenden Jahr auch in südeuropäischen Ländern wie Spanien (2,5 %) und Italien (1,8 %) erheblicher Spielraum für Lohn erhöhungen.

Die konventionelle Berechnungsweise des Verteilungsspielraums setzt dabei die jährlichen Zahlen für die tatsächliche Produktivitäts- und Preisentwicklung an, was im Jahresvergleich zu relativ starken Schwankungen führt. Im Interesse einer langfristig ausgelegten Tarifpolitik empfiehlt sich deshalb eine Ausrichtung an der Trendproduktivität, die sich aus dem Produktivitätswachstum über mehrere Jahre ergibt. Für die Europäische Union liegt diese für den Zeitraum von 2007 bis 2017 bei durchschnittlich 0,5 %. Wenn dies mit der Zielmarke für die Preisentwicklung der EZB von 2,0 % kombiniert wird, ergibt sich hieraus ein Spielraum für kostenneutrale und nichtinflationäre Lohn erhöhungen von rund 2,5 % pro Jahr – der sich weiter ausweitet, wenn man ein höheres Potenzialwachstum der Produktivität berücksichtigt.

Für die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen ist zudem nicht die Entwicklung der Verbraucherpreise entscheidend, sondern die Steigerung der nominalen Wertschöpfung. Wenn bei der Berechnung des lohnpolitischen Verteilungsspielraums statt des HVPI der BIP-Deflator angesetzt wird, ergibt sich europaweit ein deutlich höherer Spielraum für Lohnsteigerungen von durchschnittlich 1,9 % für die Jahre von 2014 bis 2017 (statt 1,4 % auf HVPI-Basis). Besonders ausgeprägt sind die Diskrepanzen zwischen BIP-Deflator und HVPI für Deutschland (Europäische Kommission 2017a, S. 71). Aus Sicht der deutschen Arbeitgeber sind deshalb für den gleichen Vierjahreszeitraum jährliche Lohnerhöhungen von 2,4 % kostenneutral, oder rund ein Prozentpunkt mehr als bei Berechnung auf HVPI-Basis.

5 Das BIP Irlands wird zu einem erheblichen Teil von dort ansässigen multinationalen Konzernen beeinflusst, die hier ihre Gewinne auf geistiges Eigentum verbuchen. Die Statistikbehörde Irlands hat deshalb vor Kurzem einen um diese Sondereffekte bereinigten Indikator entwickelt, das modifizierte Bruttonationaleinkommen (BNE*). Im Jahr 2016 war das BNE* mit 189,2 Mrd. € um fast ein Drittel kleiner als das BIP in Höhe von 275,6 Mrd. € (Central Statistics Office 2017).

2. Die Entwicklung der Tariflöhne

2.1 Der EZB-Tariflohnindikator

Die Analyse der Tariflohnentwicklung in Europa steht vor dem grundsätzlichen Problem, dass es keine offizielle europäische Tariflohnstatistik gibt. Um den von der Tarifpolitik ausgehenden Preisdruck abschätzen zu können, berechnet allerdings die Europäische Zentralbank (EZB) seit fünfzehn Jahren einen „Indikator der Tarifverdienste“ (Kanutin 2015). Es handelt sich hierbei um sogenannte „experimentelle Daten“, die auf Grundlage nicht harmonisierter nationaler Datenquellen aus insgesamt elf Ländern berechnet werden, die zusammen 98 % der Lohnsumme der Euro-Zone abdecken.⁶

Der EZB-Indikator weist für das Jahr 2016 mit 1,4 % weiterhin eine nur sehr verhaltene Steigerung der *Tariflöhne* aus, wobei das Wachstum gegenüber den Vorjahren sich sogar noch weiter abgeschwächt hat (*Abbildung 1*). Im Vergleich zu den frühen 2000er Jahren ist das Wachstum der Tariflöhne sogar um etwa einen Prozentpunkt zurückgegangen. Die europäischen Institutionen sehen in dem schwachen Kostendruck durch geringe Lohnsteigerungen zunehmend einen der Gründe für das Unterschreiten der Zielinflation (Europäische Kommission 2017a, S. 4; EZB 2017b, S. 26). Andererseits führt die geringe Inflation dazu, dass die Tariflöhne in den Jahren 2014 bis 2016 real um jeweils mehr als ein Prozent gestiegen sind. Durch die vorübergehende Steigerung der Inflationsraten droht sich diese Entwicklung aber im Jahr 2017 umzukehren, sodass es bei weiterhin moderater Anhebung der Tariflöhne in der Euro-Zone zu Kaufkrafteinbußen in der Kaufkraft der Tariflöhne kommen könnte.

Deutlich volatil als die Tariflöhne haben sich in den vergangenen Jahren die *Effektivlöhne* entwickelt, d. h. die tatsächlich an die Beschäftigten gezahlten Löhne und Gehälter (*Abbildung 2*).⁷ So wuchsen die Effektivlöhne im Zuge der konjunkturellen Erholung im Jahr 2015 nach EZB-Daten deutlich schneller als die oft langfristig ausgehandelten Tariflöhne, sodass es zu einer positiven Lohndrift kam (Schulten 2016, S. 625).⁸ Im Jahr 2016 und im ersten Quartal des Jahres 2017 wuchsen die Effektivlöhne hingegen wieder geringfügig langsamer als die Tariflöhne, was auch schon 2013 und 2014 der Fall war. Die negative Lohndrift steht im Gegensatz zum Muster der frühen 2000er Jahre, als die Effektivlöhne stets deutlich schneller als die Tariflöhne gewachsen sind (s. a. Kanutin 2015).

2.2 Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten

Mangels einer einheitlichen Datenquelle muss bei der Analyse der Tariflohnentwicklung in Europa notgedrungen auf nicht harmonisierte nationale Datensätze zurückgegriffen werden, die in den meisten Fällen entweder von den nati-

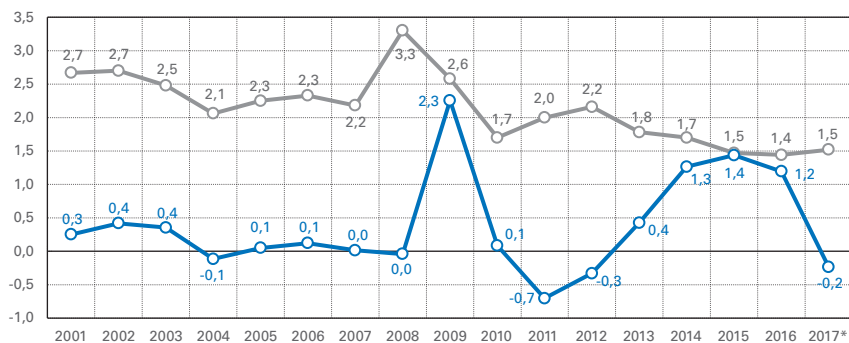
ABB. 1

Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2001–2017*

Veränderungen in Prozent zum Vorjahr

— nominal

— real



* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI); Angaben für 2017: 1. Quartal.

Quelle: Europäische Zentralbank (Tariflöhne) und AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 11. Mai 2017) sowie Eurostat (HVPI); Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

onalen Statistikämtern oder von den nationalen Arbeitsministerien erhoben werden und nur für eine begrenzte Anzahl von Ländern verfügbar sind. Eine Zusammenfassung der unterschiedlichen nationalen Tariflohn Daten findet sich in der Tariflohn Datenbank von Eurofound (Fric 2016), die derzeit insgesamt 14 EU-Staaten umfasst, von denen hier im Folgenden acht Länder (Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden und Spanien) mit vergleichbaren Zeitreihen berücksichtigt werden.⁹

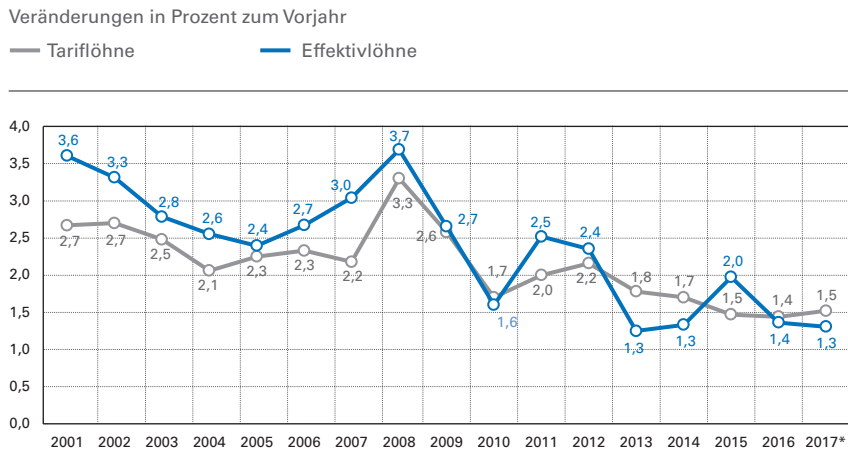
6 Bei den Ländern, die in dem EZB-Tariflohnindikator berücksichtigt werden, handelt es sich um Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien und Spanien (Kanutin 2015).

7 *Abbildung 2* verwendet hierzu den Lohnkostenindex der EZB, der keine Lohnnebenkosten berücksichtigt. Durch die andere Datengrundlage und Unterschiede in der geographischen Abdeckung (Europäische Union bzw. Euro-Zone) ergeben sich Abweichungen zu *Tabelle 3*, insbesondere für das Jahr 2015.

8 Die in Abschnitt 3 näher analysierten Daten der Europäischen Kommission bestätigen diesen Ausreißer nach oben allerdings nicht. Nach dieser Quelle stiegen die nominalen Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2015 in der Euro-Zone nur um 1,1 % (vgl. AMECO-Datenbank, Version: 11. Mai 2017).

9 Für einen Überblick zu den verschiedenen methodischen Verfahren zur Erfassung von Tariflöhnen siehe Van Gyes/Vandekerckhove (2016). Für Deutschland verwendet Eurofound die Tariflohn Daten des WSI.

ABB. 2
Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Euro-Zone, 2001–2017*



*Effektivlöhne beziehen sich auf marktorientierte Wirtschaftszweige ohne Land- und Forstwirtschaft (NACE Rev. 2 Abschnitte B bis N) ohne Berücksichtigung der Lohnnebenkosten; Angaben für 2017: 1. Quartal.

Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

Besonders deutliche Tarifierhöhungen konnten im Jahr 2016 dabei die Gewerkschaften in Großbritannien (2,5 %), Deutschland (2,4 %) und Schweden (2,3 %) durchsetzen (Abbildung 3). Beides entspricht in etwa der Summe aus Trendproduktivität und Zielinflation, und dabei der groben Richtschnur für ein langfristig preis- und verteilungsneutrales Lohnwachstum.¹⁰ Zum Teil deutlich niedrigere Tarifierhöhungen finden sich hingegen in den Niederlanden (1,9 %), Österreich (1,6 %), Spanien (1,1 %) sowie in Italien und Belgien (jeweils 0,6 %). Vor dem Hintergrund einer gesetzlich festgelegten Lohnnorm begrenzt in Belgien ein Sektor übergreifender Tarifvertrag für die Jahre 2017 und 2018 die Lohnerhöhungen auf insgesamt maximal 1,1 % (Conseil National du Travail 2017).

Preisbereinigt fielen die Tarifierhöhungen des Jahres 2016 zum Teil deutlich moderater aus. In Deutschland stiegen die realen Tariflöhne mit 2,0 % am stärksten, während sie in Belgien auch aufgrund steigender Verbraucherpreise um 1,1 % fielen. Deflationäre Tendenzen gaben den realen Tariflöhnen in Spanien hingegen zusätzlichen Auftrieb.

In der längerfristigen Entwicklung zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den acht Ländern. Preisbereinigt sind die Tariflöhne in Deutschland (+9,0 %) und

10 Auch die Bank von England und die Schwedische Reichsbank orientieren sich an einer Zielinflation von 2 %.

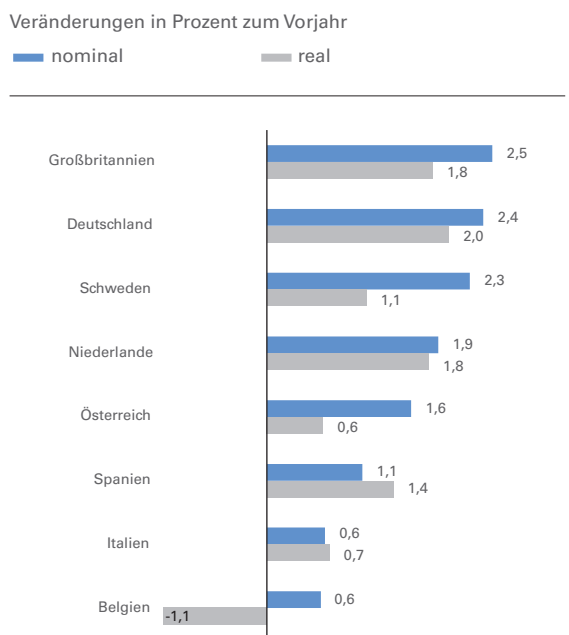
11 Die Daten beziehen sich auf Arbeitnehmerentgelte und schließen deshalb Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung mit ein. Da im Folgenden jedoch nur Veränderungen über die Zeit betrachtet werden, ist diese Abweichung (unter der Annahme eines konstanten Anteils der Arbeitgeberanteile) weitgehend unproblematisch.

Schweden (+8,3 %) von 2010 bis 2016 mit Abstand am stärksten gestiegen (Abbildung 4). Auch in Österreich (+2,4 %) gab es eine geringfügige Erhöhung, während sich die realen Tariflöhne in Spanien, Italien und den Niederlanden praktisch auf dem Ausgangsniveau des Basisjahres 2009 befinden. Die jüngsten Tarifsteigerungen in Großbritannien haben hingegen die tiefen Einschnitte bis zum Jahr 2013 nur teilweise ausgleichen können, während sich in Belgien die staatlich erzwungene Lohnzurückhaltung seit 2015 in fallenden realen Tariflöhnen niederschlägt.

3. Die Entwicklung der Effektivlöhne

Um die Entwicklung der Effektivlöhne auf einheitlicher Basis zu analysieren, wird im Folgenden erneut auf die AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zurückgegriffen. Wie die Daten zur Arbeitsproduktivität (Abschnitt 1.3) beruhen diese auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sodass Lohn- und Produktivitätsentwicklung direkt miteinander vergleichbar sind.¹¹ Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, hat sich das Wachstum der effektiven Nominallöhne von 1,2 % in den Jahren 2014 und 2015 auf 1,7 % im Jahr 2016 beschleunigt.

ABB. 3
Entwicklung der Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2016*



* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurofound (Tariflöhne) und AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 11. Mai 2017) (HVPI); Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

nigt; für 2017 rechnet die Europäische Kommission mit einer weiteren Zunahme des Lohnwachstums auf 2,2 %.

Zwischen den einzelnen Mitgliedsländern zeigen sich dabei deutliche Unterschiede. Ausgehend von einem noch immer deutlich niedrigeren Niveau sind die Löhne in den vergangenen Jahren insbesondere in einigen osteuropäischen Ländern relativ schnell gewachsen. So überschreitet das nominale Lohnwachstum in den drei baltischen Ländern sowie in Rumänien und in Ungarn sowohl 2016 als voraussichtlich auch 2017 die Marke von 5,0 %. In den südeuropäischen Ländern – mit Ausnahme von Malta – verharrt das Wachstum der nominalen Effektivlöhne hingegen im vergangenen und im laufenden Jahr unter der Schwelle von 2,0 %. Wie auch bei der Tarifentwicklung zählten in Nord- und Westeuropa Schweden (+2,5 %), Deutschland (+2,3 %) und Großbritannien (+2,8 %) im Jahr 2016 zur Spitzengruppe, die durch Irland (+2,9 %) ergänzt wird. Für das laufende Jahr zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab, wobei die Prognosen mit einiger Unsicherheit behaftet sind.¹²

Aufgrund der niedrigen Inflationsrate schlugen sich die Nominallohnzuwächse des Jahres 2016 nahezu ungebremst in den *effektiven Reallöhnen* nieder, die für die EU als Ganzes um durchschnittlich 1,5 % stiegen (Tabelle 3). Die wieder steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise bedingen allerdings, dass die Reallöhne im laufenden Jahr mit einem Zuwachs von voraussichtlich nur 0,4 % nahezu stagnieren. Für die Konjunktorentwicklung bedeutet dies, dass die Binnennachfrage weiterhin nur von der Beschäftigungsentwicklung getragen wird, während sich fehlende Lohnimpulse dämpfend auswirken (Europäische Kommission 2017a, S. 24). Reallohnverluste treffen nach den Prognosen der Europäischen Kommission dabei 2017 voraussichtlich insbesondere die Beschäftigten in den südeuropäischen Ländern Italien (-0,7 %), Spanien (-1,0 %) und Zypern (-0,5 %).

Wenn die Entwicklung der effektiven Nominallohne am lohnpolitischen Verteilungsspielraum gemessen wird, ergibt sich hieraus die *Verteilungsbilanz*. Während Lohnsteigerungen der Jahre 2014 und 2015 in diesem Sinne neutrale Verteilungswirkungen hatten, ergibt sich für 2016 für die Europäische Union ein positiver Saldo zugunsten der Beschäftigten von 0,9 Prozentpunkten (Tabelle 3). Im laufenden Jahr wird sich diese Entwicklung nach den Prognosen der Europäischen Kommission wieder zulasten der Beschäftigten umkehren (-0,5 Prozentpunkte). Unter den großen Volkswirtschaften tritt insbesondere Deutschland mit einer über den Zeitraum von 2014 bis 2017 stets positiven Verteilungsbilanz hervor (Durchschnittswert: 1,1 Prozentpunkte). Dies suggeriert Lohnerhöhungen über den Verteilungsspielraum hinaus, was im Allgemeinen zu steigenden realen Lohnstückkosten führt.

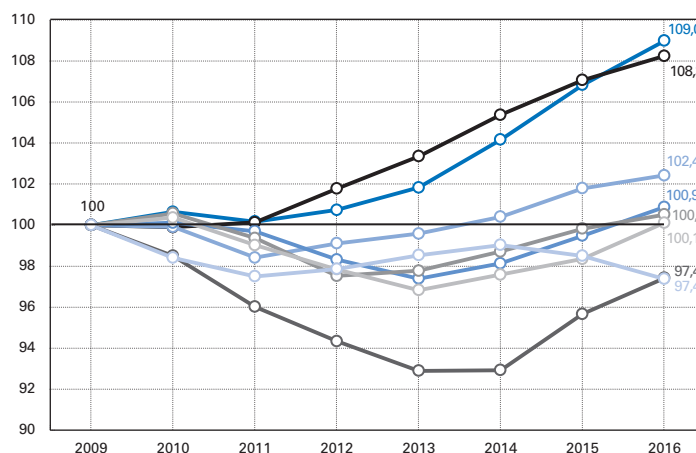
Der vermeintlich positive Verteilungssaldo in Deutschland ist jedoch weitgehend ein statistisches Artefakt, das sich aus Unterschieden in der Preisbereinigung für Löhne (HVPI) und Produktivität (BIP-Deflator) ergibt. Dies lässt sich umgehen, wenn stattdessen die nominale Lohnentwicklung an der Veränderung der nominalen Wertschöpfung gemessen wird.¹³ Bei dieser für die Lohnkosten aussagekräftigeren Betrachtungsweise ergibt sich über den Vierjahreszeitraum für Deutschland eine annähernd neutrale Verteilungsbilanz (durchschnittlich +0,2 Prozentpunkte pro Jahr).

ABB. 4

Entwicklung der realen Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2010–2016*

2009 = 100

— Deutschland — Schweden — Österreich — Spanien
— Italien — Niederlande — Großbritannien — Belgien



* Inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurofound (Tariflöhne) und AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 11. Mai 2017) (HVPI); Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

tigeren Betrachtungsweise ergibt sich über den Vierjahreszeitraum für Deutschland eine annähernd neutrale Verteilungsbilanz (durchschnittlich +0,2 Prozentpunkte pro Jahr).

In geringerem Maße treten solche Effekte auch für die meisten anderen Länder Nord-, West- und Südeuropas auf, sodass hier über die vier Jahre von 2014 bis 2017 nur in Dänemark (+0,5 Prozentpunkte pro Jahr) und die Niederlande (+0,1 Prozentpunkte) marginal positive Salden zugunsten der Beschäftigten verbleiben. Eine deutlich schlechtere Verteilungsbilanz zeigt sich nach dieser alternativen Berechnungsmethode u. a. für Malta (-1,7 Prozentpunkte), Portugal (-1,2 Prozentpunkte) sowie Belgien und Finnland (jeweils -1,0 Prozentpunkte; Werte nicht tabellarisch ausgewiesen). Auch die meist positiven Verteilungsbilanzen in Osteuropa fallen nach Bereinigung um den statistischen Effekt deutlich geringer aus. ▶

12 So haben sich in Finnland die Nominallohne in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 entgegen der Prognose gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % erhöht (Statistics Finland 2017), während die von der Europäischen Kommission für Belgien prognostizierten Nominallohnzuwächse um 2,0 % im laufenden Jahr aufgrund der fortgesetzten Lohnzurückhaltung als optimistisch erscheinen.

13 Die nominale Wertschöpfung lässt sich ermitteln, indem die Produktivität mit dem BIP-Deflator in nominale Werte zurückgerechnet wird.

TABELLE 3

Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union, 2014–2017

	Nominallöhne ¹				Reallöhne ²				Verteilungsbilanz ³			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Nordeuropa												
Dänemark	1,5	1,5	1,6	2,3	1,1	1,3	1,5	0,9	0,5	0,9	1,9	0,3
Finnland	1,0	1,6	1,0	-0,8	-0,2	1,7	0,6	-1,7	-0,1	1,1	-0,2	-2,5
Schweden	2,2	3,5	2,5	2,5	2,0	2,7	1,4	1,1	0,8	0,2	-0,2	0,0
Westeuropa												
Belgien	1,0	0,0	0,1	2,0	0,5	-0,6	-1,6	-0,3	-0,7	-1,2	-1,6	-1,0
Deutschland	2,8	2,4	2,3	2,5	2,0	2,3	1,9	0,8	1,2	1,5	1,3	0,2
Frankreich	1,2	1,1	1,3	1,5	0,6	1,0	1,0	0,1	0,2	0,1	0,4	-0,4
Großbritannien	0,7	1,1	2,8	2,4	-0,8	1,1	2,1	-0,2	-1,5	0,6	1,8	-1,4
Irland	1,8	2,8	2,9	3,0	1,5	2,9	3,2	2,3	-5,1	-20,3	0,7	1,0
Luxemburg	2,1	1,7	0,4	3,0	1,4	1,6	0,4	0,6	-1,6	0,3	-0,7	-0,5
Niederlande	1,6	0,4	1,3	2,8	1,3	0,1	1,2	1,2	-0,4	-0,8	0,7	0,8
Österreich	1,9	1,9	1,3	1,9	0,4	1,0	0,3	0,1	0,7	0,7	0,2	-0,6
Südeuropa												
Griechenland	-2,1	-2,9	0,8	1,5	-0,7	-1,8	0,8	0,3	-1,0	-1,1	2,1	-0,4
Italien	0,0	0,2	0,3	0,9	-0,2	0,1	0,3	-0,7	-0,1	0,3	0,8	-0,9
Malta	1,5	3,3	2,4	3,0	0,7	2,1	1,5	1,4	-2,3	-1,4	0,2	-0,1
Portugal	-1,8	-0,3	1,4	1,5	-1,6	-0,8	0,8	0,1	-1,1	-1,0	1,0	-0,4
Spanien	0,0	0,4	0,0	1,0	0,2	1,1	0,4	-1,0	-0,1	0,8	0,0	-1,4
Zypern	-3,8	-1,1	-0,6	0,7	-3,6	0,5	0,6	-0,5	-3,8	0,6	0,5	-0,6
Osteuropa												
Bulgarien	5,6	5,6	3,1	4,9	7,3	6,8	4,5	3,6	6,2	3,5	1,5	1,3
Estland	4,2	5,7	5,7	5,5	3,8	5,6	4,8	2,1	1,7	7,0	3,6	0,1
Kroatien	-5,4	-0,3	1,2	2,5	-5,6	-0,1	1,9	0,9	-2,5	-0,2	-0,3	0,0
Lettland	8,6	6,9	6,9	6,0	7,8	6,7	6,8	3,7	4,4	5,3	4,8	0,9
Litauen	4,7	5,3	5,0	5,1	4,5	6,1	4,3	2,2	3,0	5,5	4,1	0,0
Polen	2,2	1,1	3,6	4,3	2,1	1,8	3,8	2,4	0,5	-0,5	1,7	-0,7
Rumänien	6,7	0,9	10,3	9,5	5,3	1,3	11,5	8,3	3,1	-3,5	5,5	4,2
Slowakei	1,8	3,1	1,8	4,0	1,9	3,5	2,2	2,5	0,8	1,6	1,4	1,0
Slowenien	1,3	1,4	2,2	2,7	0,9	2,2	2,4	1,2	-1,7	1,0	1,9	-0,2
Tschechien	2,6	2,6	3,9	4,6	2,2	2,4	3,2	2,0	0,0	-0,7	2,6	-0,3
Ungarn	1,3	1,5	5,3	7,1	1,3	1,4	4,8	4,0	2,1	0,6	5,1	1,2
EU 28	1,2	1,2	1,7	2,2	0,6	1,2	1,5	0,4	0,0	0,1	0,9	-0,5

1 Nominallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

2 Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

3 Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums (vgl. Tabelle 2) in Prozentpunkten.

Angaben für 2017: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 11. Mai 2017), Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

4. Ausblick: Expansive Lohnpolitik für nachhaltiges Wachstum

Die Lohnzuwächse in Europa bewegen sich in den Jahren 2016 und 2017 nach wie vor auf einem moderaten Niveau. Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in den meisten europäischen Ländern bereits seit mehreren Jahren wieder stabile Wachstumsraten aufweist und die offiziellen Arbeitslosenraten stetig zurückgehen, bleiben die Löhne auf einem

ungewöhnlich restriktiven Entwicklungspfad. Wirtschaftskommentatoren sprechen in diesem Zusammenhang bereits von einem "mystery of missing wage growth" (Giugliano 2017).

Die Frage, warum es angesichts deutlich verbesserter ökonomischer Rahmendaten bislang nicht zu einer stärkeren Lohndynamik gekommen ist, ist mittlerweile ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatten gerückt. So argumentiert die Europäische Kommission (2017a, S. IX und S. 52ff.), dass eine positive Lohnentwicklung entscheidend

für die Nachhaltigkeit des Aufschwungs sei. Weitere Lohnsteigerungen würden nicht nur die private Nachfrage stärken, sondern auch zur Normalisierung der Inflationsrate beitragen. Besonders intensiv wird diese Frage auch innerhalb der EZB (2017a, S. 20 und S. 37ff.) diskutiert, die bereits seit einiger Zeit offen für höhere Lohnzuwächse plädiert, um der nach wie vor unterhalb der EZB-Zielinflationsrate liegenden Preisentwicklung einen stärkeren Auftrieb zu geben (siehe z. B. Praet 2017). Zu den „das Lohnwachstum möglicherweise belastenden Faktoren“ gehören nach Ansicht der EZB „die nach wie vor beträchtliche Unterauslastung am Arbeitsmarkt, der schwache Produktivitätszuwachs und die immer noch spürbaren Auswirkungen der in einigen Ländern während der Krise eingeführten Arbeitsmarktreformen“ (EZB 2017a, S. 20).

In einer Untersuchung beschäftigt sich die EZB vor allem mit der Frage, warum die rückläufigen Arbeitslosenzahlen entgegen den Erwartungen nicht zu höheren Lohnzuwächsen geführt haben (ebd., S. 37ff.). Um diesen Widerspruch aufzulösen, argumentiert die EZB, dass die offiziellen Arbeitslosenraten den Angebotsüberhang am Arbeitsmarkt systematisch unterschätzten. Viele Erwerbssuchende werden danach de facto in der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst. Außerdem existiert eine wachsende Anzahl von Beschäftigten, die nur unfreiwillig Teilzeit arbeiten und gerne Vollzeit beschäftigt wären. Fasst man alle Formen der bestehenden Unterbeschäftigung zusammen, so ist nach Ansicht der EZB der Grad der Unterauslastung am Arbeitsmarkt derzeit fast doppelt so hoch wie in der offiziellen Arbeitslosenstatistik (ebd., S. 40). Schließlich kommt noch hinzu, dass es sich bei den in jüngster Zeit neu geschaffenen Arbeitsplätzen oft um befristete Jobs und andere Formen prekärer Beschäftigung

handelt (Khan 2017). Anders als die sinkenden offiziellen Arbeitslosenraten suggerieren, bleibt damit insgesamt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften weiterhin stark begrenzt.

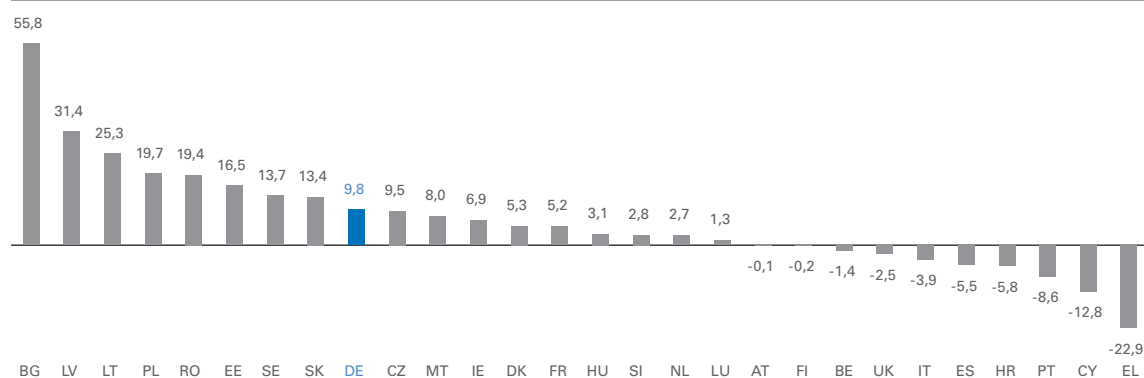
Neben der nach wie vor schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt stehen jedoch auch institutionelle Veränderungen in den Systemen der Lohnfindung einer expansiven Lohnpolitik entgegen. So kam es nach der Wirtschaftskrise 2008/2009 in vielen europäischen Ländern zu einem Abbau von Arbeitnehmerrechten und einer systematischen Schwächung der Tarifvertragssysteme durch eine radikale Dezentralisierung der Lohnverhandlungen. Diese Entwicklung wurde maßgeblich vonseiten der EU und anderer internationaler Organisationen befördert (Schulten/Müller 2014; Müller et al. 2016). Sie zielte im Kern darauf, den Einfluss der einzelnen Unternehmen auf die Lohnentwicklung zu stärken und damit die Bedeutung überbetrieblicher Formen der Lohnsetzung, wie sie z. B. durch Flächentarifverträge vorgegeben werden, zu minimieren.

Die strukturellen Veränderungen in den Tarifvertragssystemen haben in vielen Ländern dazu beigetragen, dass sich seit der Krise 2008/2009 eine äußerst restriktive Lohnregime durchgesetzt hat (Ronchi/di Mauro 2017). In vielen EU-Staaten kam es über mehrere Jahre hinweg zu massiven Reallohnverlusten. Betrachtet man die Entwicklung der Reallohne für den Zeitraum 2010 bis 2017 (d.h. inklusive der für das Jahr 2017 prognostizierten Reallohnzuwächse), so liegt das Reallohniveau in zehn EU-Staaten noch immer unterhalb des Niveaus des Krisenjahrs 2009 (Abbildung 5). Am deutlichsten ist diese Entwicklung in Griechenland, wo die Reallohne um fast 23 % gefallen sind, gefolgt von Zypern (-12,8 %), Portugal (-8,6 %), Kroatien (-5,8 %) und Spa-

ABB. 5

Entwicklung der Reallohne in der Europäischen Union, 2010–2017

Angaben in Prozent*



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HR = Kroatien, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien

*Inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI); kummulative Entwicklung im Vergleich zum Basisjahr 2009.

Daten für 2017: Prognose der Europäischen Kommission.

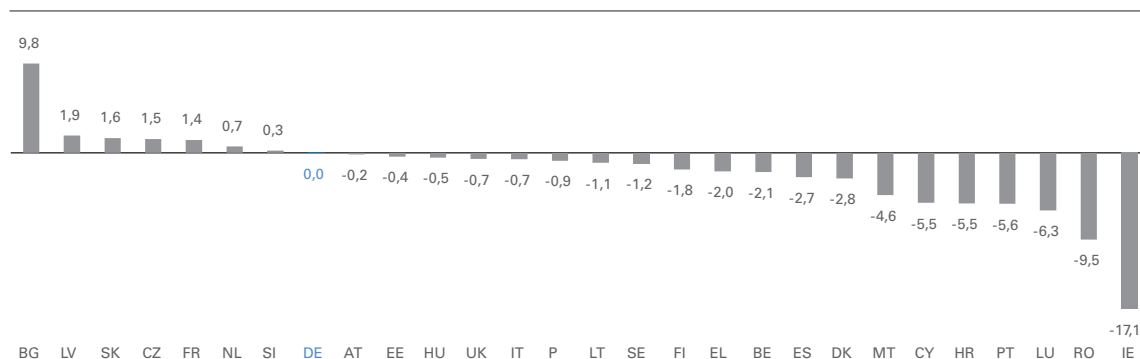
Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 11. Mai 2017); Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

ABB. 6

Entwicklung der Lohnquoten in der Europäischen Union, 2010–2017

Angaben in Prozentpunkten*



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HR = Kroatien, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien

* Bezieht sich auf die kumulative Veränderung der Lohnquote in Prozentpunkten, d. h. den voraussichtlichen Stand im Jahr 2017 (Prognose der Europäischen Kommission) im Vergleich zum Stand im Basisjahr 2009. Negative Werte stehen für fallende Lohnquoten. Basiert auf der bereinigten Lohnquote in % des BIP zu Faktorkosten.

WSI Mitteilungen

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 11. Mai 2017); Berechnungen des WSI.

nien (-5,5 %). Lediglich in einigen osteuropäischen Ländern kam es im gleichen Zeitraum zu kräftigen Reallohnzuwächsen. Außerhalb von Osteuropa konnten nur in Schweden (+13,7 %) und Deutschland (+9,8 %) deutlichere Reallohnzuwächse verzeichnet werden.

Gemessen an den Kriterien einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik ist die Verteilungsbilanz im Zeitraum 2010 bis 2017 in den meisten europäischen Ländern aus Sicht der Beschäftigten ebenfalls negativ. In 20 von 28 EU-Staaten geht die Lohnquote, d.h. der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen, weiter zurück (*Abbildung 6*). Damit folgen die Lohnentwicklungen einem bereits seit den 1980er und 1990er Jahren in vielen Ländern zu beobachtenden Trend fallender Lohnquoten.

Trotz der vergleichsweise starken Lohnzuwächse blieb die Lohnquote in Deutschland über den Zeitraum von 2010 bis 2017 hin konstant. Die Lohnerhöhungen der letzten Jahre waren also vollständig durch die Preis- und Produktivitätsentwicklung gedeckt, sodass sich die funktionale Einkommensverteilung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen nicht veränderte. Allerdings hat Deutschland in den 1990er und 2000er Jahren einen relativ starken Rückgang der Lohnquote erlebt; die Entwicklung des aktuellen Jahrzehntes hat diesen Trend also nur angehalten, aber nicht korrigiert.

Die deutsche Lohnpolitik ist damit weit von einer expansiven Ausrichtung entfernt und steht deshalb nach wie vor in der internationalen Kritik, insbesondere in Anbetracht der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse (z. B. IMF 2017b). Die Europäische Kommission hat sogar offen die

deutschen Tarifvertragsparteien dafür kritisiert, dass sie die ökonomischen Möglichkeiten für eine nachhaltige Lohnentwicklung nicht voll ausgeschöpft haben (Europäische Kommission 2017b, S. 5). Auch wenn die Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland nicht allein und auch nicht erster Line durch die Lohnpolitik abgebaut werden können, so würde eine stärkere Lohndynamik doch dazu beitragen, den Binnenkonsum in Deutschland weiter zu stärken und damit auch die Importe aus dem Ausland zu erhöhen (Hein/Truger 2017; Horn/Watt 2017).

Ein stärkeres Lohnwachstum in Deutschland würde darüber hinaus auch in anderen europäischen Ländern die Möglichkeiten für eine expansive Lohnpolitik verbessern. Vor dem Hintergrund eines langsam wieder ansteigenden Preisniveaus besteht derzeit die Gefahr, dass es bei einer Fortsetzung des moderaten Lohnpfades nur noch zu sehr geringen Reallohnzuwächsen kommt. Für einige Länder wie z. B. Italien und Spanien hat die Europäische Kommission für das laufende Jahr 2017 bereits wieder einen Rückgang der Reallohne prognostiziert (*Tabelle 3*). Damit würde es jedoch wiederum zu einem Abflachen des privaten Konsums kommen, der derzeit die wichtigste Stütze der ökonomischen Entwicklung in diesen Ländern ist.

Um der nach wie vor bestehenden Gefahr einer längerfristigen Stagnationsperiode – wie sie bereits seit zwei Jahrzehnten in Japan beobachtet werden kann – zu entgehen, bedarf es neben einer öffentlichen Investitionsoffensive in allen europäischen Ländern einer deutlich stärkeren Lohndynamik, die ein nachhaltiges nachfragegetriebenes Wachstumsmodell befördert. Unter dem Motto „Europe needs a

payrise“ haben die europäischen Gewerkschaften deshalb eine gemeinsame Kampagne beschlossen, um überall in Europa die politischen und institutionellen Voraussetzungen für eine stärkere Lohndynamik zu verbessern (Lynch 2017).¹⁴ ■

LITERATUR

Central Statistics Office (2017): Macroeconomic Releases Year 2016 and Quarter 1 2017. Presseerklärung vom 14. Juli 2017, Cork, http://pdf.cso.ie/www/pdf/20170714094826_Press_Statement_Macroeconomic_Releases_Year_2016_and_Quarter_1_2017_full.pdf

Conseil National du Travail (2017): Convention Collective de Travail N° 119 du 21 Mars 2017 Fixant la Marge Maximale pour L'Évolution du Coût Salarial pour la Période 2017–2018, Brüssel, <http://www.cnt-nar.be/CCT-ORIG/cct-119-21.03.2017.pdf>

Europäische Kommission (2017a): European Economic Forecast – Spring 2016, European Economy Institutional Paper Nr. 53, Luxemburg, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/ip053_en.pdf

Europäische Kommission (2017b): Country Report Germany 2017. Including an In-Depth Review on the prevention and correction of macroeconomic imbalances, Brüssel, <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2017-european-semester-country-report-germany-en.pdf>

Eurostat (2005): Handbuch zur Preis- und Volumenmessung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Luxemburg, <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/5827189/KS-41-01-543-DE.PDF/166eea37-fec2-4f5d-8df4-e304b3b82dd4>

EZB (2017a): Wirtschaftsbericht 3/2017, Frankfurt, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/EZB_Wirtschaftsberichte/2017/2017_03_ezb_wb.pdf?__blob=publicationFile

EZB (2017b): Wirtschaftsbericht 4/2017, Frankfurt, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/EZB_Wirtschaftsberichte/2017/2017_04_ezb_wb.pdf?__blob=publicationFile

Fric, K. (2016): Developments in collective wage bargaining in the European Union 2015, Dublin, <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/working-conditions-labour-market-industrial-relations-social-policies/developments-in-collective-wage-bargaining-in-the-european-union-2015>

Giugliano, F. (2017): Draghi is right to hold out for wage growth. Europe's recovery hasn't yet translated into higher pay for workers, Bloomberg View 9. Juni, <https://www.bloomberg.com/view/articles/2017-06-09/draghi-is-right-to-hold-out-for-wage-growth>

Hein, E./Truger A. (2017) : Rebalancing im Euroraum. Zu den Möglichkeiten und Grenzen der Lohnpolitik, in: Schulten, T./Dribbusch, H./Bäcker, G./Klenner, C. (Hrsg.): Tarifpolitik als Gesellschaftspolitik, Hamburg, S. 97–111

Held, B. (2014): Sind ärmere Haushalte stärker von Inflation betroffen? Eine äquivalenzeinkommensspezifische Analyse, in: Wirtschaft und Statistik, November 2014, S. 640–691, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Gastbeitraege/AnalyseHaushalteInflation_112014.pdf?__blob=publicationFile

Herzog-Stein, A./Hohlfeld, P./Rietzler, K./Stephan, S./Theobald, T./Tober, S./Watzka, S. (2017): Aufschwung setzt sich fort. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2017/2018, IMK-Report Nr. 123, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_123_2017.pdf

Horn, G. A./Watt, A. (2017): Wages and Nominal and Real Unit Labour Cost Differentials in EMU. DG ECFIN Discussion Paper 59, Luxemburg. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/dp_059_en.pdf

IMF (International Monetary Fund) (2017a): Euro Area: IMF Staff Concluding Statement of the 2017 Article IV Mission, June 15, 2017, Washington, DC, <http://www.imf.org/en/News/Articles/2017/06/15/ms061517-euro-area-staff-concluding-statement-of-the-2017-article-iv-mission>

IMF (International Monetary Fund) (2017b): Germany: Staff Concluding Statement of the 2017 Article IV Mission. 15. Mai, <https://www.imf.org/en/News/Articles/2017/05/15/mcs05152017-Germany-Staff-Concluding-Statement-of-the-2017-Article-IV-Mission>

Kanutin, A. (2015): The ECB's experimental Indicator of negotiated wages, Paper presented at the ISTAT Workshop on Labour costs, Rome (5.-6. Mai 2015), http://www.istat.it/en/files/2015/04/Item-5.2-Negotiated-wage-rate-indicator_ECB.pdf

Khan, M. (2017): Eurozone 'underemployment' barrier to igniting wage growth, warns ECB, Financial Times vom 10. Mai

Lynch, E. (2017): Europe Needs a Pay Rise – Die Kampagne der europäischen Gewerkschaften für höhere Löhne und stärkere Tarifvertragssysteme, in: Sozialismus 44 (6), S. 42–45

Mason, J. W. (2017): What recovery? The Case for Continued Expansionary Policy at the Fed, New York. <http://rooseveltinstitute.org/wp-content/uploads/2017/07/Monetary-Policy-Report-070617-2.pdf>

Müller, T./Schulten, T./Van Gyes, G. (Hrsg.) (2016): Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance“. Alternative Strategien für inklusives Wachstum, Hamburg

Praet, P. (2017): Ensuring price stability, Remarks by Peter Praet, Member of the Executive Board of the ECB, at the Belgian Financial Forum colloquium on “The low interest rate environment“, Brüssel, 4. Mai, https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2017/html/ecb.sp170504_1.en.html

Ronchi, M./di Mauro, F. (2017): Wage bargaining regimes and firms' adjustments to the Great Recession, ECB Working Paper Series Nr. 2051, Frankfurt. <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpwps/ecb.wp2051.en.pdf?2136811696424f334351ad37505acc52>

Schulten, T. (2016): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2015/2016, in: WSI-Mitteilungen 69 (8), S. 621–630, https://www.boeckler.de/wsimit_2016_08_schulten.pdf

Schulten, T./Müller, T. (2014): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: Lehndorff, S. (Hrsg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited, Hamburg, S. 273–301

Statistics Finland (2017): Wage and salary indices by industry 2010=100 (TOL 2008), 05/2017, Helsinki. http://pxnet2.stat.fi/PXWeb/pxweb/en/StatFin/StatFin__pal__ktps/009_ktps_tau_112_en.px/?rxid=536b81eb-e81e-4aa4-ad56-1b9b176b184e

Van Gyes, G./Vandekerckhove, S. (2016): Tariflohnstatistiken in Europa – Methodische Schwierigkeiten beim europäischen Vergleich von Tariflöhnen, in: Müller, T./Schulten, T./Van Gyes, G. (Hrsg.): Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance“. Alternative Strategien für inklusives Wachstum, Hamburg, S. 20–39

AUTOREN

MALTE LÜBKER ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Löhne, personale und funktionale Einkommensverteilung und Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat.

@ malte-luebker@boeckler.de

THORSTEN SCHULTEN, Prof. Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: WSI-Tarifarchiv, Arbeits- und Tarifpolitik in Europa.

@ thorsten-schulten@boeckler.de

14 Mehr Informationen zur Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes gibt es unter: www.payrise.eu